

# Umlandgemeinden sollen Sanierung mitbezahlen

**Matthias-Grünwald-Gymnasiums:** Pro Schüler werden 13.313,99 Euro fällig. Hoffnung auf Einigung in der Freiwilligkeitsphase.

## Von Heike von Brandenstein

**Tauberbischofsheim.** Es ist ein großer Brocken, den sechs Umlandgemeinden, aus denen Schülerinnen und Schüler das Matthias-Grünwald-Gymnasium besuchen, zu zahlen haben: 2,9 Millionen Euro könne die Stadt als Anteil zu den Kosten der Generalsanierung fordern, hatte Kämmerin Barbara Hübenbecker

errechnet. Pro Kopf bedeute das eine Summe von 13.313,99 Euro. Diese Zahlen stellte sie bei der Sitzung des Tauberbischofsheimer Gemeinderats am Mittwoch vor.

Ausgenommen von einer Kostenbeteiligung seien die Städte Lauda-Königshofen und Wertheim, die selbst jeweils Träger eines Gymnasiums sind. Hier sei vereinbart worden, dass man sich bei etwaigen Sa-

nierungsmaßnahmen nicht gegenseitig zur Kasse bitten wolle, so die Kämmerin. Zudem gelte eine Bagatellgrenze, die bei drei Schülerinnen oder Schülern festgesetzt sei.

## Geislinger Urteil von 2022 bot Grundlage für das Verfahren

Grundlage für die Beteiligung von Umlandgemeinden sei das sogenannte Geislinger Urteil (wir berich-

teten) des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg von Ende 2022. Danach sind öffentlich-rechtliche Vereinbarungen zur Erfüllung von Schulträgeraufgaben mit Nachbargemeinden nicht nur bei Neubauten, sondern auch bei Generalsanierungen vorgesehen. Mindestens 30 Prozent muss der Auswärtigenanteil allerdings betragen. Am Tauberbischofsheimer Gymnasium sind es 43,6 Prozent, sodass diese Hürde locker geknackt wurde.

Formal gilt ein Drei-Stufen-Modell mit einer Freiwilligkeits-, einer Zwischen- und einer Zwangsphase. Momentan befinde man sich in der Freiwilligkeitsphase, erläuterte Hübenbecker. Hier werde eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Kostenbeteiligung mit den betroffenen Kommunen angestrebt. Zuvor wurde an drei Terminen zwischen Februar und Mai mit den Vertretern der Kommunen gesprochen.

## Bayerische Gemeinde Neubrunn ist nicht in der Pflicht

Die Kämmerin informierte, dass die Beteiligung nur für baden-württembergische Städte und Gemeinden gelte, nicht aber für Schüler aus Bayern. So bleibt Neubrunn mit sechs Schülerinnen und Schülern außen vor, der dortige Bürgermeister setze sich allerdings bei seinem Gemeinderat für eine freiwillige Beteiligung ein. Auf dem Papier wären das immerhin knapp 80.000 Euro.

Im Main-Tauber-Kreis sollen fünf Kommunen zur Kasse gebeten wer-

den: Kilsheim mit gut 705.000 Euro bei 53 Schülern, Großrinderfeld mit 668.000 Euro bei 50 Schülern, Königheim mit knapp 570.000 Euro bei 43 Schülern, Werbach mit gut 516.000 Euro bei 40 Schülern und Grünsfeld bei statistisch 4,6 Schülern mit 61.000 Euro. Hinzu kommt die Kommune Hardheim im Neckar-Odenwald-Kreis mit 12,6 Schülern und knapp 168.000 Euro.

## Kosten für Auslagerung nicht eingepreist

Barbara Hübenbecker gab bekannt, dass Tauberbischofsheim jeweils einen zehnjährigen Standort- und Eigentumsvorteil eingepreist habe. Die Interimskosten, also die Summe, die für die vorübergehende Unterbringung auf dem Laurentiusberg und in Containern anfielen, sei in der Freiwilligkeitsphase ebenfalls nicht eingepreist worden. „Wenn andere Kommunen sich nicht in der Freiwilligkeitsphase einigen, werden wir diese Interimskosten aber mit einbeziehen und neu rechnen“, kündigte sie an. Immerhin handelt es sich hier um 1,1 Millionen Euro.

Jetzt gilt es, für die Kreisstadt abzuwarten, wie sich die Umlandgemeinden entscheiden. Bürgermeisterin Anette Schmidt meinte, dass einige in Erwägung ziehen, einen gemeinsamen Antrag beim Ausgleichsstock zu stellen. Der Tauberbischofsheimer Gemeinderat stimmte der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung auf jeden Fall einstimmig zu.



An den Kosten für die Generalsanierung des Matthias-Grünwald-Gymnasiums sollen sich die Umlandgemeinden beteiligen. Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung verabschiedete der Gemeinderat am Mittwoch einstimmig.

BILD: MARLENE BAUJ